

VIKTOR VANBERG

Wissenschaftsverständnis, Sozialtheorie und politische Programmatik

Gesellschaft und Wissenschaft

5

Mohr Siebeck

GESELLSCHAFT UND WISSENSCHAFT

5

Herausgegeben von

Hans Albert, Mannheim	Hans Mohr, Freiburg/Br.
Helmut Beumann, Marburg/L.	Heinz D. Ortlieb, Hamburg
Hermann Hartmann, Frankfurt/M.	Otto Roegele, München
Klaus Heinemann, Trier	Walter Rüegg, Frankfurt/M.
Peter Lerche, München	Theodor Schieder, Köln
Hermann Lübke, Bielefeld	Friedrich H. Tenbruck, Tübingen
Peter Christian Ludz, Bielefeld	Hans Heinrich Wieck, Erlangen
Hans Maier, München	

Viktor Vanberg

Wissenschaftsverständnis,
Sozialtheorie und politische
Programmatik

Zur Analyse des Gegensatzes zwischen liberalem und
totalitärem Politikverständnis



1973

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

©

Viktor Vanberg

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1973

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, dieses Heft oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

Printed in Germany

Druckerei Tübinger Chronik

ISBN 3 16 534591 0

eISBN 978-3-16-163181-8 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

INHALT

1. Einleitung	7
2. Französische und angelsächsische Aufklärung: Sozialtheorie, Wissenschafts- und Politikverständnis	11
3. Totalitäres und liberales Politikverständnis – Zur Klärung des Gegensatzes	38
4. Charakteristische Komponenten des totalitären Politik- verständnisses in Konfrontation zum liberalen Politikverständnis	56
4.1 Die Idee einer alleinigen und ausschließlichen Wahrheit in der Politik – Politische Zielsetzung als Erkenntnis- problem	57
4.2 Sozialtheoretischer Kollektivismus und Totalplanungs- denken – Die Idee des politischen Kollektivsubjekts . . .	68
5. Schlußbemerkung: Utopisches Totalplanungsdenken und die Idee des sozialen Reformismus	90
Zusammenfassung (Summary, Résumé)	96

1. Einleitung*

Wenn auch politische Leitvorstellungen als Urteile darüber, was sein *soll*, stets ein Erkenntnis transzendierendes Moment der Entscheidung beinhalten, so sind sie doch prinzipiell von zwei Seiten her einer rationalen Kritik unterwerfbar: von ihren Voraussetzungen und von ihren Implikationen her. Die Entscheidung für bestimmte politische Leitvorstellungen, für politische Zielsetzungen wird ja stets getroffen vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger differenzierten Bündels von Annahmen über Zusammenhänge normativer und sachlicher Art, die eben diese Entscheidung »nahelegen«. Und da derart in Entscheidungen stets Erkenntnisse eingehen – ungeachtet des logischen Bruchs zwischen beiden – liegt hier die Chance rationaler politischer Diskussion. Dies gilt für die Entscheidungsfindung in politischen Tagesfragen, und es gilt ebenso für die Auseinandersetzung um die allgemeinen Prinzipien von Politik.

Die Diskussion um diese allgemeinen Prinzipien, um die grundlegende Bestimmung politischen Handelns hat – nicht zuletzt im Zuge der hochschulpolitischen Entwicklung – in den letzten Jahren eine merkbare Intensivierung und Verschärfung erfahren¹. Diese

* Für Hinweise und Anregungen sowie eine kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich Herrn Prof. Dr. Bálint Balla.

¹ Gedacht ist hier natürlich an die Auseinandersetzung um die sogenannte »Neue Linke«, die sich mittlerweile freilich mehr und mehr gewandelt hat in – beziehungsweise in ihrer Bedeutung verdrängt worden ist durch – eine »alte«, d. h. orthodox marxistische Linke. Aus der zahlreichen Literatur zur Auseinandersetzung mit der »neuen« oder »alten« Linken seien hier erwähnt: R. Ahlberg, Akademische Lehrmeinungen und Studentenunruhen in der Bundesrepublik, Freiburg 1970; H. Albert, Kritische Rationalität und politische Theologie, in: *ders.*, Playdoyer für kritischen Rationalismus, München 1970; R. Löwenthal, Der roman-

Entwicklung stellt zwar den Anlaß, nicht aber als solche das Thema dieser Abhandlung dar. Hier wird vielmehr der Versuch unternommen, bestimmte in dieser Kontroverse immer deutlicher hervorgetretene Divergenzen im Politikverständnis auf ihre systematisch-theoretischen Grundlagen hin zu untersuchen. Dies scheint mir nicht zuletzt deshalb nützlich zu sein, weil jenseits *manifest*er Konflikte bestimmte politische Denkschemata eine gewisse Verbreitung gefunden haben, deren Voraussetzungen und Implikationen möglicherweise nicht immer deutlich werden.

Wie der Untertitel der Arbeit anzeigt, wird es hier um die Konfrontation zweier Auffassungen von Politik gehen, die sowohl in ihren Voraussetzungen, ihren gedanklichen Grundlagen, wie in ihren Konsequenzen und Implikationen für politische Praxis, in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis stehen. Dabei wird diese Polarisierung nicht in dem Glauben vorgenommen, solchermaßen ein präzises Abbild der »Parteiungen« in den oben angesprochenen aktuellen politischen Auseinandersetzungen zu zeichnen. Wohl aber in der Meinung, daß sich auf diese Weise deutlich machen läßt, in welchem Bezugsrahmen bestimmte Argumente und Vorstellungen gesehen werden müssen, die in der aktuellen Auseinandersetzung einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Um die Problemstellung dieser Abhandlung näher zu umreißen, sei auf eine These Bezug genommen, die D. Aldrup in seinem Aufsatz »Zu einer rationalen Theorie der Politik«² ausgearbeitet hat. Aldrup geht dort davon aus, daß die *traditionelle* Theorie der Politik unter der Leitfrage gestanden habe: Wessen Wille kann oder soll gesellschaftlich dominieren? Eine zumindest im Ansatz *ratio-*

tische Rückfall, Stuttgart 1970; E. Topitsch, Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität, Neuwied und Berlin 1969 (2. Aufl.); ders., Grundformen antidemokratischen Denkens, in: ders., Mythos, Philosophie, Politik – Zur Naturgeschichte der Illusion, Freiburg 1969; E. K. Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968; K. Sonthheimer u. a., Der Überdruß an der Demokratie, Köln 1970; G. Szczesny (Hrsg.), Club Voltaire, Jahrbuch für kritische Aufklärung IV, Reinbeck bei Hamburg 1970, Teil I.

² D. Aldrup, Zu einer rationalen Theorie der Politik, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 21 (1970), S. 151–186; wiederabgedruckt als Teil IV in: ders., Das Rationalitätsproblem in der Politischen Ökonomie, Tübingen 1971, S. 142–179.

nale Theorie der Politik müsse demgegenüber jedoch zu ihrer Grundfrage wählen: »Wie kann immer und überall der politischen Entscheidungswillkür von mit Machtbefugnissen auszustattenden Individuen oder Gruppen durch den Entwurf geeigneter institutionell zu verankernder sozialer Kontrollmechanismen möglichst wirksam vorgebeugt und begegnet werden, ohne daß daraus die Ohnmacht aller Politik oder eine Lähmung des politischen Lebens resultiert?«³ Der durch diese beiden Fragen gekennzeichnete Gegensatz markiert m. E. in der Tat einen grundlegenden Konflikt im politischen Denken; doch ist zu beachten, daß wir es hier nicht mit isolierten, axiomatisch gesetzten Prinzipien zu tun haben, sondern mit Denkweisen, die je für sich in ein Syndrom von wissenschafts- und sozialtheoretischen Vorstellungen eingebettet sind. Berücksichtigt man, daß jede der beiden Fragestellungen Ausfluß eines bestimmten Politikverständnisses ist – eines Politikverständnisses, das auf spezifischen wissenschafts- und sozialtheoretischen Vorstellungen aufbaut – so wird man davon ausgehen müssen, daß es sich hier um einen Konflikt handelt, in dem die »traditionelle« Theorie keineswegs Partei ist, sondern vielmehr um einen Konflikt, der eben diese traditionelle Theorie der Politik selbst durchzieht, der die politische Theorie zumindest seit der Aufklärung entscheidend prägt. Die spezifischen Differenzen zwischen den wissenschafts- und sozialtheoretischen Auffassungen der rationalistisch geprägten französischen Aufklärung einerseits und der skeptisch-empiristischen angelsächsischen Aufklärung andererseits bilden die Kristallisationspunkte unterschiedlicher Traditionen politischen Denkens, die auch die gegenwärtige Diskussion politischer Leitvorstellungen bestimmen.

³ Ebenda, S. 168. Aldrup ist bei der Formulierung dieser Fragealternative an K. R. Popper orientiert, der im Zusammenhang seiner Kritik an Platons politischer Philosophie bemerkt, es gehe darum, »die Frage *Wer soll regieren?* durch die neue Frage zu ersetzen: *Wie können wir politische Institutionen so organisieren, daß es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzu großen Schaden anzurichten?*« (K. R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. I, Bern 1957, S. 170). Was bei Aldrup – zu Recht – zusätzlich betont wird, ist die Notwendigkeit, zwischen Machtkontrolle und politischer Handlungsfähigkeit eine Balance derart herzustellen, daß keine »Ohnmacht aller Politik oder eine Lähmung des politischen Lebens« eintritt.

Diese politischen Denktraditionen kennen aber — entsprechend ihren unterschiedlichen wissenschafts- und sozialtheoretischen Ansätzen — ihre je eigenen Kriterien dafür, was auf der Ebene politischer Programmatik als »rational« zu gelten habe. Und wenn Aldrup eine um das Problem der institutionellen Kontrolle von Macht zentrierte politische Theorie als »rational« kennzeichnet, so steht er mit dieser Wertung in der Tradition der angelsächsischen Aufklärung, des angelsächsischen Liberalismus. Nicht als Ausdruck des Gegensatzes zwischen *traditionellem* und *rationalem* Politikverständnis, sondern als Ausdruck des Gegensatzes zwischen liberalem Politikverständnis auf der einen und den verschiedenen Spielarten nicht-liberaler Politikauffassung auf der anderen Seite dürfte sich der von Aldrup herausgestellte Unterschied in der Fragestellung politischer Theorie am treffendsten interpretieren lassen ⁴.

Um eine Analyse dieses Gegensatzes wird es im folgenden gehen, wobei auf seine schärfste Form abgestellt wird, nämlich den Gegensatz zwischen liberalem und totalitärem Politikverständnis. Der Gesichtspunkt, unter dem diese Analyse vorgenommen werden soll, ist der im Titel angesprochene Zusammenhang zwischen Wissenschaftsverständnis, Sozialtheorie und politischer Programmatik ⁵. Zunächst soll unter diesem Gesichtspunkt auf die erwähn-

⁴ Es sei hier angemerkt, daß Aldrup zwar auf die Gemeinsamkeiten der von ihm charakterisierten Konzeption einer rationalen Theorie der Politik mit dem Ansatz der angelsächsischen Aufklärung — insbesondere der schottischen Moralphilosophie — hinweist, aber davon seine Trennung von traditioneller und rationaler Theorie der Politik nicht berührt sieht. Da es hier jedoch nicht um eine Auseinandersetzung mit Aldrup geht, soll dieser Punkt nicht weiterverfolgt werden.

⁵ Für den Charakter der gegenseitigen Abhängigkeit von wissenschaftstheoretischen, sozialtheoretischen und politischen Vorstellungen gilt, was H. Albert zum Verhältnis von philosophischen und politischen Auffassungen bemerkt: »Zwischen Philosophie und Politik — und das heißt: nicht nur zwischen philosophischen und politischen Auffassungen, sondern auch zwischen philosophischen Ideen und der Gestaltung des sozialen Lebens — gibt es Zusammenhänge, die nicht immer in der Form ausdrücklich formulierter inhaltlicher Thesen zum Ausdruck kommen. Sie sind oft indirekter Natur und zeigen sich zum Beispiel in der Art, wie man an die Lösung von Problemen herangeht und wie man Problemlösungen beurteilt.« (H. Albert, Aufklärung und Steuerung — Gesellschaft,